



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/03812**
Datum: 07.02.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo;
Krause, Johannes; Dr. Brock, Inés; Wolter, Tom;

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.02.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat beschließt folgende Erklärung:

Wir stehen für eine tolerante und weltoffene Stadt, die sich gegen jegliche Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit zur Wehr setzt. Für eine Stadt der Begegnung und des friedlichen Miteinanders, für ein Halle ohne Gewalt, Hass und Hetze .

Mit Sorge betrachten wir daher die Entwicklungen um das Haus der neurechten „Identitären Bewegung“ in der Adam-Kuckhoff-Straße. Mit dem Aufbau und Betrieb des Hauses will sich die Gruppe „Kontrakultur“ als wichtigster Ableger der „Identitären Bewegung“ in Deutschland etablieren. Zentrales Thema der politischen Agitation der „Identitären Bewegung“ ist die Ansicht, Europa stünde vor einem Austausch seiner Bevölkerung durch Zuwanderung aus islamischen Ländern. Sie vertritt ein kulturrassistisches Weltbild, das von der Überlegenheit der europäischen Kultur gegenüber anderen ausgeht. Ihre Aktivisten kommen unter anderem aus rechten Burschenschaften und militanten Neonazigruppen.

Das Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße hat szeneartern Vorbildcharakter und ist für die extreme Rechte in Deutschland ein zentrales Versuchsfeld. Nicht zufällig in direkter Nähe zum neuen Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist es der Versuch, das Viertel zu prägen und zu unterwandern. Mit den vom Haus ausgehenden Aktionen und Veranstaltungen versucht die „Identitäre Bewegung“ ein positives Bild von sich zu erzeugen. Realität ist jedoch, dass sie die Stadtgesellschaft tiefgreifend nach ihren menschenverachtenden Vorstellungen umgestalten will. Dazu werden auch Andersdenkende eingeschüchtert – mit Videoüberwachung, verbalen und auch körperlichen Übergriffen.

Wir sagen klar und deutlich: Das Gedankengut, das Haus und die perfide Strategie der „Identitären Bewegung“, Werte wie Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität zu zerstören, dürfen in Halle keinen Platz haben. Wir sind dankbar für den friedlichen Protest gegen das Projekt und solidarisieren uns mit den vielen Menschen, die den Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ in den vergangenen Wochen und Monaten deutliche Zeichen der Zivilcourage entgegengesetzt. Unsere Unterstützung gilt der Einwohnerinitiative im Bebelviertel, die es nicht zulässt, dass die Nachbarschaft durch das Haus, deren Akteure und Aktivitäten gespalten wird. Sie gilt Privatmenschen, Unternehmern und Institutionen, die deutlich machen, dass die „Identitäre Bewegung“ und ihre Ansichten unerwünscht sind. Sie gilt einer weltoffenen Martin-Luther-Universität. Sie gilt Initiativen wie dem Bündnis gegen Rechts und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die friedliche Proteste organisieren und wichtige Recherche- und Informationsarbeit leisten.

Wir lassen es nicht zu, dass die Stadt Halle durch die „Identitäre Bewegung“ und ihre menschenverachtende Ideologie vereinnahmt wird. An der Seite all jener, die sich dem ebenfalls gewaltfrei widersetzen, rufen wir dazu auf, Toleranz, Weltoffenheit und Humanismus als Werte hochzuhalten und sich im friedlichen Protest gegen das Haus zu vernetzen, zu unterstützen und miteinander zu solidarisieren.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD-Fraktion

gez. Dr. Inés Brock
Vorsitzende der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Tom Wolter
Vorsitzender der Fraktion MitBÜRGER
für Halle – NEUES FORUM

gez. Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Ergebnis Prüfung kostengünstigere Alternative

Folgen bei Ablehnung

A	Haushaltswirksamkeit HH-Jahr ff.	Jahr	Höhe (Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Ergebnisplan	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (gesamt)			
Finanzplan	Einzahlungen (gesamt)			
	Auszahlungen (gesamt)			

B Folgekosten (Stand:		ab Jahr	Höhe (jährlich, Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Aufwand (jährliche Abschreibungen)			

Auswirkungen auf den Stellenplan
Wenn ja, Stellenerweiterung:

ja

nein

Stellenreduzierung:

Familienverträglichkeit:

ja

Gleichstellungsrelevanz:

ja